

## **WKÖ-Rauscher: „Fahrzeugindustrie ist in Österreich eine Schlüsselbranche“**

### **Wunsch nach Verlängerung der Transformationsoffensive - Absicht der Bundesregierung, eine Änderung des Beihilferechts auf EU-Ebene anzustoßen, wird begrüßt**

Wien (OTS) - Anlässlich der Veranstaltung „Impulse für ein wettbewerbsfähiges Europa“ heute, Dienstag, in Wien regt die Fahrzeugindustrie bei der österreichischen Bundesregierung – vertreten durch Europaministerin Karoline Edtstadler - an, „dass die Transformationsoffensive um weitere vier Jahre bis 2030 verlängert und wieder mit mindestens 600 Millionen Euro dotiert wird“, so Karl-Heinz Rauscher, Obmann des Fachverbandes der Fahrzeugindustrie in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Mit dieser Förderinitiative soll in den nächsten Jahren insbesondere die Transformation zu einer nachhaltigen, auf erneuerbaren Energien basierenden und digitalisierten Wirtschaft unterstützt werden.

#### *Green Deal der EU mit Verbrenner-Aus bis 2035 als Riesenherausforderung für Fahrzeugindustrie*

„Die Fahrzeugindustrie, die in Österreich eine Schlüsselbranche ist, steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, wobei der Green Deal der Europäischen Union hier zweifellos hervorsteht. Dieser ambitionierte Plan will Verbrennungsmotoren bereits ab 2035 verbieten und fordert eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf null bis zum Jahr 2050. Das macht es erforderlich, neue Technologien zu erforschen und zu implementieren, Produktionsstätten umzubauen und Fachkräfte mit den nun benötigten Kenntnissen zu akquirieren bzw. bestehende Mitarbeiter damit auszustatten“, führt Branchensprecher Rauscher aus.

Im Rahmen der Klima- und Transformationsoffensive investiert die Bundesregierung dafür bis 2030 insgesamt 5,7 Milliarden Euro. Davon fließen bis 2026 600 Millionen Euro in die Stärkung des österreichischen Forschungs- und Wirtschaftsstandorts.

#### *Fahrzeugindustrie begrüßt Österreichs Vorstoß zur Änderung des EU-Beihilferechts*

„Wermutstropfen stellen für den Fachverband der Fahrzeugindustrie allerdings aktuell Verzögerungen im Bereich der für uns besonders wichtigen Investitionsförderung dar“, so Fachverbandsobmann Rauscher. „Diese sind bedingt durch das EU-Beihilfenrecht und betreffen etwa auch das Programm ‚Twin Transition‘ innerhalb der Klima- und Transformationsoffensive.“

Begrüßt wird daher, „dass die Bundesregierung eine Änderung des Beihilferechts auf EU-Ebene anstoßen möchte. Diese Änderung ist für unsere Betriebe von entscheidender Bedeutung, damit Österreich als attraktiver Standort für die Fahrzeugindustrie erhalten bleibt.“ Die Transformation hin zu grünen Produkten müsse förderbar sein. „Beides zusammen - eine Optimierung des EU-Beihilferechts und die Verlängerung der Transformationsoffensive - sind notwendige Maßnahmen, um einer Deindustrialisierung Österreichs entgegenzuwirken“, so Branchensprecher Karlheinz Rauscher abschließend. (PWK153/JHR)